

Textbausteine der LAG 60plus für Kommunalwahlprogramme

Hier findet ihr Textbausteine für eure Kommunalwahlprogramme, die für die wachsende Wähler*innen-Gruppe 60plus relevant sind. Nicht alles passt für alle. So gibt es manche Punkte, die nur in der Stadt und andere die nur auf dem Land Sinn machen.

Leben im Alter

Der demografische Wandel wird immer deutlicher spürbar. Die sogenannten „Babyboomer“ gehen sukzessive in den Ruhestand. Wir Grüne sehen darin ein großes Potenzial für bürgerschaftliches Engagement und wollen für diese neuen und auch die „alten“ Senior*innen Möglichkeiten und Unterstützung bieten, wenn sie sich engagieren wollen, und dafür die notwendigen Strukturen schaffen.

Auch im Alter sollen die Menschen in #Ort/Stadt Kreis einfügen# selbstbestimmt leben können und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Sind Unterstützungen in der Lebensführung notwendig, sollen diese weitestmöglich ambulant im gewohnten Lebensumfeld ermöglicht werden. Unsere Sozialpolitik richtet sich an alle Bürger*innen in # Ort/Kreis anpassen# unabhängig vom Alter. Wir wollen deswegen gezielte Maßnahmen für unterschiedliche Altersgruppen, aber auch das generationenübergreifende Miteinander fördern. Die Stärkung der Lebensqualität und der gesellschaftlichen Teilhabe im sozialen Umfeld erreichen wir nur gemeinschaftlich. Beteiligungsverfahren der Bevölkerung sichern bedarfsorientierte Angebote. Das Lernen von Nachbarländern ist in jeder Hinsicht sinnvoll!!! (Niederlande, Skandinavien, Österreich...)

Wichtig ist ferner, alternde Menschen dabei zu unterstützen, möglichst nicht pflegebedürftig zu werden und ihnen damit Lebensqualität zu erhalten. Als wesentliche Prävention gilt es, Vereinsamung und Bewegungsmangel zu vermeiden. Städte und Gemeinden können wesentlich dazu beitragen und auf diese Weise auch finanzielle Belastungen gering halten, die im Fall der Pflegebedürftigkeit oft zu einem erheblichen Teil von den Kommunen mitgetragen werden müssen. Aber trotz Präventionsmaßnahmen ist mit einer steigenden Zahl von pflegebedürftigen Menschen zu rechnen.

Städte und Gemeinden sind direkt für die Umsetzung der grünen Alten- und Pflegepolitik verantwortlich. Sie sorgen dafür, dass ältere Menschen ein selbstbestimmtes und aktives Leben führen können, indem sie lokale Infrastrukturen, soziale Angebote und pflegerische Unterstützung bereitstellen. Die Grünen setzen sich daher in ihren kommunalen Programmen für mehr Investitionen in eine seniorengerechte Politik ein - und für eine gute pflegerische Versorgung. Pflege- und Altenpolitik spielt daher in Städten und Gemeinden eine zentrale Rolle für das Wohlergehen der Bevölkerung. Von einer guten Altenpolitik profitieren nicht nur die alten und pflegebedürftigen Menschen selbst, sondern mittelbar auch die ganze Gesellschaft.

Forderungen allgemein:

- Flächendeckende **Quartierskonzepte** schaffen, die (nicht nur) ältere Menschen und ihre Familien unterstützen, soziale Isolation verhindern, Teilhabe sicherstellen sowie Einsamkeit vermeiden. Quartiere müssen generationengerecht gestaltet werden und damit auch altersgerecht Einzelhandel in der Nähe haben. Begegnungsräume müssen barrierefrei sein, ggf. mit Übergangslösungen. Quartierskonzepte müssen entwickelt werden unter Einbeziehung von Sportvereinen, zentralen lokalen Anlaufstellen und Quartiersmanagements. Treffpunkte und Einrichtungen für lebensältere Menschen müssen geschaffen werden, die Kontaktmöglichkeiten zu anderen Menschen ermöglichen und auch Angehörigen offenstehen.

- Systematische Anpassung von **öffentlichen Räumen** an Bedarfe älterer oder beeinträchtigter Menschen (breitere Gehwege, Sitzgelegenheiten, barrierefreie Zugänge) unter Beteiligung der Bevölkerung
- Mitgliedschaft anstreben bei WHO Age-friendly Cities **AfC** zum Wissens- und Erfahrungsaustausch
- Geeignete Konzepte entwickeln, die eine Erreichbarkeit der zunehmend wachsenden Zielgruppe an Informationen gewährleisten. Mögliche Zugangswege (analog, digital, netzwerkgestützt) werden geprüft und zielgerichtet eingesetzt
- Vernetzung der Akteure für die Durchführung von Präventionsmaßnahmen gegen Einsamkeit und Pflegebedürftigkeit
- Systematische Förderung des generationenübergreifenden **Ehrenamts**

Forderungen Gesundheit und Pflege:

- **Gesundheitsförderung und Prävention**

Ziel: Längeres gesund bleiben fördern, Pflegebedürftigkeit verhindern oder verzögern – Angebote schaffen für Individuen und Gruppen, Vereine, Hausgemeinschaften, Heime, etc..

- Ausbildungsplätze vor Ort schaffen für die **Pflegeassistentenausbildung** (Bundesgesetz in Vorbereitung), Förderung akademischer Ausbildungen
- Förderung von **lokalen Pflegestützpunkten** als Anlaufstellen für Beratung und Unterstützung, Sozial bzw. Seniorenbüros auf kommunaler Ebene/ Stadtteilebene und Pflegekompetenzzentren (Landesförderung), um einen einfachen Zugang zu Pflegeberatung und -unterstützung für alle lebensälteren Menschen ermöglichen, unabhängig von kulturellem Hintergrund und sozialer Einbindung. Insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund sowie alleinlebende Senior*innen sollen besser erreicht werden.
- Community Health Nurses **CHN** (akademische AdvancedPracticeNurse) bzw. Gemeindeschwester+ Modell (Rheinland-Pfalz), Kooperation mit medizinischen Einrichtungen für eine **bessere Gesundheitsversorgung vor Ort**, Kooperation mit Ärztenetzwerken in der Region
- Unterstützung von **lokalen ambulanten Pflegeangeboten**, um älteren Menschen ein möglichst langes Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. z.B. Kommunale Dienste, Buurtzorg (Niederlande), Wüstenwerk (Osanabrück), etc.
- Verzahnen von ambulanten und stationären Angeboten, damit Pflege sich verlässlich und wohnortnah an die Lebenssituation der Menschen anpasst. So ermöglichen wir eine nahtlose Versorgung und entlasten Angehörige. Kurzzeit- und Tagespflege sowie wohnortnahe Pflegewohngemeinschaften sollen den Übergang zwischen zuhause und Pflegeheim erleichtern und die Selbstbestimmung stärken.
- **Gute Krankenhäuser** in Zeiten des Fachkräftemangels: Evaluation der Krankenhausreform 2025, Zielgruppe: Breite Bevölkerung! (Akzeptanz) Problem: Stetige Verschlechterung aufgrund Alterung der Bevölkerung und damit verbunden Gesundheitsversorgung. Mehr Geld hilft nicht: Überall in der (reichen) Welt reicht das Personal nicht für heutige Strukturen. Grundsätzliche Reformen nötig: 1. sektorenübergreifende Versorgung in der Kommune, 2. Fokussierung auf

Gesunderhaltung, 3. Digitalisierung aller Angebote unter Einbeziehung der Bevölkerung (funktionierende ePA, etc)

- Grundsätzliche **Verbesserung der pflegerischen Versorgung** (Arbeitsteilung, Kooperation, Aufwertung Fachpflege, etc. International liegt Deutschland Pflegeschlüssel/Plätze auf den letzten Plätzen. D 13 Pat/Pfk, Norwegen 4 Pat/Pfk)
- Demenz wird in den nächsten Jahren erheblich zunehmen. Nicht nur für die Betroffenen, sondern ihre Angehörigen und die Gesellschaft ist dies eine Herausforderung. Neben der ärztlichen medikamentösen Therapie müssen ausreichend Angebote von Physio-, Musik-, Kunsttherapie und Wohngruppen zur Verfügung stehen. Besonders wichtig ist die Gesundheitsförderung und Prävention, v.a. gesunder Lebensstil, Behandlung von Risikofaktoren (z.B Diabetes) und der Erhalt der sozialen Teilhabe. Dies kann am besten vor Ort, nah bei den Menschen, geleistet werden.
- Die Zahl der Menschen, die an Depressionen leiden, steigt seit Jahren (Diagnostik, Demografie, Stress etc.). Besonders im ländlichen Raum sind die Wartezeiten auf Therapieplätze dramatisch. Der Ausbau niedrigschwelliger Hilfsangebote ist überfällig. Gesundheitsförderung und Prävention sollten in Schulen, Betrieben, usw. selbstverständlich werden. Der WHO Mental Health Action Plan empfiehlt die intersektorale Zusammenarbeit der Kommunen untereinander, mit den sozialen Diensten und der Primärversorgung. Die positiven Erfahrungen mit Programmen in Hessen wie "MindMatters", "Verrückt? NaUnd?" und "Psychische Gesundheit Arbeitswelt Hessen" wollen wir sukzessive in mehr Kommunen nutzen.

Gemeinsam statt einsam

Einsamkeit nimmt in #Kreis/ Stadt/ Ort # in allen Altersgruppen an Bedeutung zu. Untersuchungen haben gezeigt, dass Einsamkeit sich in gleicher Weise lebensverkürzend auswirkt wie Rauchen. Folgen der Einsamkeit sind ein deutlich erhöhtes Risiko für frühe Demenz, Depression, Suizidgefährdung und Alkoholismus und Verlust an der Teilhabe am sozialen Leben. Da es einsamen Menschen häufig schwerfällt, die Initiative zu ergreifen, kann der Zustand chronifizieren, ohne dass die Öffentlichkeit darauf aufmerksam wird. Ältere Menschen, die sozial isoliert oder gesundheitlich eingeschränkt sind, leiden besonders häufig unter Gefühlen von Einsamkeit. Verschiedene Studien bestätigen, dass der Anteil von Menschen, die von Einsamkeit betroffen sind, ab einem Alter von 75 Jahren kontinuierlich ansteigt. Einsamkeit und soziale Isolation beschleunigen nachweislich Erkrankungen und frühere Pflegebedürftigkeit. Besonders Menschen mit niedrigem Einkommen, schlechter Gesundheit, niedrigem Bildungsstand, digitalem Analphabetismus und geringem freiwilligen Engagement gehören dabei zu den am meisten gefährdeten Personen. Einsamkeit ist eine komplexe gesamtgesellschaftliche Herausforderung mit zahlreichen negativen Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen sowie das soziale Miteinander, die einer umfassenden strategischen Bearbeitung bedarf.

Wir GRÜNE fordern im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten die Schaffung wohnortnaher Strukturen, durch die lokale Handlungsbedarfe bei solchen Zielgruppen (ältere Menschen, psychisch Erkrankte, Studierende, Alleinerziehende) identifiziert werden.

Alternativer Absatz für den städtischen Raum:

Jeder Stadtteil sollte vernetzende und beratende Profis, wie z.B. Quartiersmanager*innen, haben. Diese könnten, je nach Struktur des Stadtteils, auf unterschiedliche Zielgruppen spezialisiert sein, die von Einsamkeit besonders betroffen sind (ältere Menschen, psychisch Erkrankte, Studierende, Alleinerziehende)

Darauf aufbauend sollen – möglichst in Zusammenarbeit mit bereits bestehenden lokalen Initiativen, Vereinen usw. - gezielt Angebote entwickelt werden, die helfen können, Einsamkeit zu reduzieren und zu vermeiden. Die Bekämpfung von Einsamkeit trägt auch zur Stärkung der sozialen Integration und Zusammengehörigkeit in unserer Gesellschaft bei.

Einsamkeit im Alter kann vor allem auch durch die einzelnen Kreise und Kommunen mit Beratungs-, Begegnungs- und Besuchsangeboten vorgebeugt werden, damit Betroffene wieder Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe finden. Kommunen, die aktiv bezahlbare Begegnungs- und Teilhabemöglichkeiten sowie geeignete Wohnformen schaffen, wird es gelingen, die Lebensqualität der älteren Bewohner*innen zu erhöhen.

Die GRÜNEN Forderungen für...(Name Kommune/Kreis) lauten:

- Sensibilisierung der Verwaltung und lokaler Organisationen für die Relevanz des Themas. Kommunale Partner*innen, zum Beispiel Bildungs-, Gesundheits- und Kultureinrichtungen sensibilisieren und für eine Enttabuisierung sorgen.
- mehr städtische/kommunale Strukturen implementieren, die präventive Angebote zu den Menschen bringen.
- Vernetzung von bereits bestehenden Akteur*innen, sowohl hauptamtlich beschäftigte Personen in der sozialen Arbeit (z.B. in Städten die Quartiersmanager*innen), als auch Ehrenamtliche, die hier wichtige Aufgaben erfüllen
- Engagementbörsen für Ehrenamt anbieten.
- Durch ansprechende Architektur und Bauweise soziale Orte aufwerten und explizite Treffpunkte schaffen, z. B. multifunktionale Geschäfte mit Einkaufsmöglichkeit, Kaffee-ecke, Bibliothek, Behörden
- Orte ohne Konsumzwang konzipieren, um finanziell Schwächere einzubeziehen
- Gute Mobilitätsangebote zu diesen Orten schaffen

Digitalisierung

Wir GRÜNE setzen auf digitale Inklusion, um allen Bürger*innen, unabhängig von Alter, Muttersprache oder Einschränkung den Zugang zu digitalen Diensten zu ermöglichen. Digitale Inklusion bedeutet für uns: alle Menschen an der digitalen Gesellschaft teilhaben zu lassen und zugleich digitale Medien nutzen, um gesellschaftliche und bildungsbezogene Teilhabe für alle zu ermöglichen. Wir wollen eine barrierefreie Zugänglichkeit bei digitalen Produkten für alle Altersklassen und Bildungsniveaus sicherstellen, wobei uns auch wichtig ist, dass auch immer analoge Möglichkeiten aufrecht erhalten werden, um Ausgrenzungen zu verhindern.

Zugang zur digitalen Welt gehört mittlerweile zur sozialen Teilhabe dazu. Wir wollen deswegen dafür sorgen, dass alle Menschen in die Lage versetzt werden, das Internet zu nutzen. Besonders schwierig ist die digitale Teilhabe für wohnungs- und obdachlose Menschen und zum Teil auch für Menschen mit geringen Einkommen. Für digitale Teilhabe ist nicht nur der technische Zugang notwendig, sondern auch die Fähigkeit, diese zu nutzen. Wir wollen deswegen digitale Weiterbildung, insbesondere für Ältere, aber nicht nur für diese, unterstützen. Ganz wichtig für eine gute digitale Teilhabe ist die Vermittlung von Medienkompetenzen, Das betrifft alle Altersgruppen und geht auch über die digitalen Medien hinaus.

Forderungen

- Bereitstellung von **kostenlosen oder günstigen Internetzugängen** u.a. in Senior*inneneinrichtungen
- Organisation von **Schulungen für ältere Menschen** im Umgang mit digitalen Geräten und Online-Diensten

- Entwicklung von **barrierefreien digitalen Verwaltungsangeboten**, damit Senior*innen Behördengänge einfacher erledigen können

Forderungspunkte zu weiteren Themen

Wohnen

- Förderung von **barrierefreiem Wohnraum** (*Pflicht bei Neubau? Rechtlich für Kommunen möglich?*) und **Mehrgenerationenhäusern**

Mobilität und Verkehr zur Sicherstellung der Teilhabe

- Ausbau eines **barrierefreien öffentlichen Nahverkehrs** mit niedrigeren Einstiegen und besseren Umsteigemöglichkeiten, etc.
- Förderung von **Bürgerbussen** oder Rufbussen (v.a. in ländlichen Gebieten)
- Verbesserung der **Fußgängerfreundlichkeit**, durch Ampelschaltungen mit längeren Grünphasen, mehr Zebrastreifen, Absenkung der Bürgersteigränder,

Soziale Teilhabe und Ehrenamt

- Schaffung von **Mehrgenerationen-Treffpunkten**, Begegnungsstätten und Kulturangeboten auch für Senior*innen
- Förderung von **ehrenamtlichen Projekten**, die ältere Menschen unterstützen (z. B. Besuchsdienste oder digitale Schulungen)
- Einbindung älterer Menschen in **kommunalpolitische Entscheidungsprozesse**, z. B. durch Seniorenräte

Prävention und Sicherheit

- Maßnahmen zur **Kriminalprävention** und Sensibilisierung älterer Menschen für Betrugsmaschen (z. B. Enkeltrick)
- Förderung von **Altersvorsorge-Beratung** in Zusammenarbeit mit Sozialverbänden
- Verbesserung der **Notfallversorgung**, z. B. durch Hausnotrufsysteme und gute Anbindung an Rettungsdienste

Rolle der Professionellen Pflege – nicht nur in #hier Euren Kreis bzw. Eure Stadt einsetzen#

„Im **Zusammenwirken der** Professionen liegt der Schlüssel zu einem Gesundheitswesen /und Sozialwesen/ das Gesunderhaltung vor Reparatur setzt (Formulierung?), das den Menschen in seiner individuellen Lage in den Mittelpunkt stellt und das in solidarischer und gemeinwohlorientierte Gestaltung Sicherheit für alle gibt.“ *Klapper Denkanstöße S.8*

- **Investitionen in Bildung:** Pflegeassistent, Fachausbildung, Pflegefachkompetenz, Hochschule, Promotion
- **Investitionen in Personalausstattung und -entwicklung:** Standards, wissenschaftliche Erkenntnisse verbindlich
- **Förderung der Selbstbestimmung und Übernahme von Verantwortung:** Erweiterung der professionellen Rollen, Standards, (Kammern) Mitgestaltung Gesundheitswesen vor Ort
- REFORM DER SOZIALGESETZBÜCHER
- „**Geld ist genug im System**“ (Kontrolle (MD), Leiharbeit, Anwerbung aus dem Ausland)

Pflegeberufereformgesetz PflBG seit 1.1.20 in Kraft. 2025 Evaluierung